

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stollbuserdamm 23 I.

Inserate  
Pro vierstellige Zeitzeile 30 Pf.  
Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Verbandsmitgliedsanzeigen 10 Pf.; Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48.

Berlin, den 30. November 1907.

23. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Zahlstelle Erlangen wird die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 3 Pf. von den weiblichen und 8 Pf. von den männlichen Mitgliedern erteilt, der Zahlstelle Karlsruhe ab 1. Januar 1908 die Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von den Mitgliedern der 3. und 4. Beitragsklasse von 10 Pf. anstatt des bisherigen 5 Pf.-Lokalbeitrages.

2. Mit Ablauf des Jahres bitten wir alle Mitgliedsbücher bis Buchnummer 45000 zur Erneuerung an den Verbandsvorstand einzuliefern, auch wenn dieselben noch nicht ganz vollgelebt sind. Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Bücher, die schon als zweite oder dritte Bücher vom Verbandsvorstand ausgestellt sind. Vor Einfindung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dann ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Rufname vollständig ausgeschrieben sein soll.

Die Inhaber solcher Mitgliedsbücher bitten wir, sofern sie ihrer Beitragspflicht bis einschließlich 53. Woche genügt haben, ihre Bücher schon jetzt an den örtlichen bzw. Gaubevollmächtigten einzuliefern, um nicht in den ersten Wochen des Jahres durch die große Zahl der eingehenden Bücher an der schnellen Erledigung der Umschreibungen behindert zu werden. Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

Der Verbandsvorstand.

## Bekanntmachung des Tarifamtes

über die in der Sitzung vom 21. November 1907 gefaßten Beschlüsse.

1. Das Tarifamt und die Schiedsgerichte sind auch in solchen Fällen verpflichtet, ein Urteil abzugeben, wenn es von Prinzipalen oder Gehilfen bzw. Arbeiterinnen solcher Betriebe angerufen wird, deren Inhaber dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer nicht angeschlossen sind. Die Urteile sind von beiden Vorsitzenden zu unterzeichnen.

In derselben Weise kann das Tarifamt auch dann zur Klarstellung von Tariffragen eingreifen, wenn es sich um Betriebe außerhalb des Bereiches der Tariforte handelt, in denen der Tarif durch freie Vereinbarung als Grundlage für die Entlohnung der Arbeiter anerkannt ist.

2. Bestimmungen über Besetzung und Entlohnung des an der Einlege- bzw. Fertigmachmaschine, an der Schnittdruck-, Klebe- und Bronzermaschine beschäftigten Personals:

Das an einer Einlegemaschine beschäftigte Personal besteht mindestens aus zwei Gehilfen und einer Arbeiterin. Dem ersten Gehilfen ist der im Vorwort des Tarifes unter Position Stundenlohn Absatz d bezeichnete Minimalstundenlohn von 60 Pf. für Stuttgart, 62 Pf. für Leipzig und 65 Pf. für Berlin zu zahlen.

Der zweite Gehilfe erhält einen angemessenen Tariflohn nach Vereinbarung. Die Arbeiterin gilt als Maschinenarbeiterin und erhält den im Vorwort des Tarifes unter Position Stundenlohn 2 Absatz c festgesetzten Minimalstundenlohn von 27 Pf. für Stuttgart, 28 Pf. für Leipzig und 37½ Pf. für Berlin.

Schnittdruck-, Klebe- und Bronzermaschinen können mit Arbeiterinnen besetzt werden. Als Minimalstundenlohn ist genau wie vorstehend der unter Position 2 Absatz c angeführte Minimallohn zu zahlen.

Maschinenmeister, denen mehrere solcher Maschinen zur Beaufsichtigung bzw. Einrichtung überwiesen sind, erhalten den unter Stundenlohn Absatz d festgesetzten Minimallohn.

3. Hinter Position 799 ist als Position 799d einzufügen: „Bei Broschüren, die nur auf einer Seite angepapt werden, ist zwei Drittel der vorstehenden Preise zu zahlen.“

4. Hinter Position 826 ist als Position 826d einzufügen: „Broschüren mit seitlich genutetem Kartonumschlag sind beim Einhängen nach Position 797 und 798 zu bezahlen.“

5. Der am 7. August 1906 gefaßte Beschluß, nach welchem das Kassieren der Verbandsbeiträge in den Frühstück- und Vesperpausen gestattet ist, wird als noch zu Recht bestehend erklärt.

6. Bezüglich der Verhütung von Streikarbeit anlässlich auswärtiger Lohnbewegungen wird beschlossen, an der seitherigen Gepflogenheit festzuhalten, nach welcher eine Benachrichtigung an den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer zu ergehen hat, die von diesem per Rundschreiben den Mitgliedern des Unternehmerverbandes weitergegeben wird.

7. Der Zusammenstellung und späteren Veröffentlichung eines Verzeichnisses der den Tarif anerkennenden Firmen wird Zustimmung erteilt. Die Gehilfenvertreter des Tarifamtes erhalten den Auftrag, ein Verzeichnis der den Tarif anerkennenden Nichtverbandsfirmen einzureichen.

Paul Hoffmann,  
stellvertretender Prinzipalsvorsitzender des  
Tarifamtes.  
Georg Zinke,  
Gehilfenvorsitzender.

## Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe.

Die Unternehmer unseres Berufes haben sich eine neue Zentralisation geschaffen und machen sie für diese in den ihnen zur Verfügung stehenden Organen intensivste Propaganda. Das ist für uns eine ernste Warnung, nicht in Untätigkeit zu verharren, sondern auch unsererseits einen energischen Vorstoß zu wagen, das weite, noch vom Indifferentismus beherrschte Feld uns zu erobern. Eine Zentralisation der Unternehmer wiegt schwerer als eine solche der Arbeiter, darum müssen letztere durch unentwegtes Arbeiten danach trachten, dem in der Arbeitgeberzentrale vereinten

Kapital eine achtungsbietende, kompakte Masse entgegenstellen zu können. Das ist um so mehr notwendig, als die neugebildete Arbeitgeberorganisation einen mächtigen Hinterhalt in der Zentralstelle der Arbeitgeberverbände finden, die mit Feuereifer alle Merkmale, die auf Bereitwilligkeit zur Bildung von Unternehmerverbänden hinweisen, unterstützt und der es schon oft gelungen ist, Arbeitgeberverbände aus der Laufe zu heben.

Solange für unseren Beruf eine ganze Reihe von Unternehmerverbänden existierte, war die Situation für uns weniger ernst, obgleich wir auch da schon die uns drohenden Gefahren nicht unterschätzten. Das ändert sich jedoch in dem Moment, in welchem eine Zentralstelle der Unternehmerverbände unseres Berufes auf der Bildfläche erscheint. Dann haben wir es nicht nur mit einem nur lose zusammenhängenden Unternehmertum zu tun, sondern sehen uns bei jeder Kleinigkeit einem zum äußersten stets bereiten Gegner gegenüber, der die Unterstützung der herrschenden Kreise im weitesten Maße für sich in Anspruch nehmen kann. Er hat nicht nur Hilfe von seinesgleichen, sondern er ist es, welchen eine gutgesinnte Regierung nach Kräften beisteht. Er, der an sich schon nicht scham- und schirmlos dasteht, kann stets der Hilfsbereitschaft aller amtlichen Organe versichert sein, während die Arbeitnehmer nur auf sich selbst angewiesen sind und Hilfe nur von ihresgleichen zu erwarten haben.

Unschwer ist es zu erraten, was hinter den wohlklingenden Worten der Unternehmerverbände, die mit überaus süßlicher Miene von einer „Stellungnahme zur sozialen Bewegung innerhalb des Berufes, von einem Vorbeugen von Streiks usw.“ reden, zu suchen ist. Phrasen sind es, Leichtgläubige zu überböheln, Mißtrauische in Sicherheit zu wiegen.

Auch der neugegründete Arbeitgeberschutzverband bezweckt nichts anderes, als die ihm verhassten Arbeitnehmerorganisationen zu beschneiden, sie niederzuringen und ihre Macht zu brechen. Sie wollen die „Serren im Hause“ sein und bleiben, sie wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Lohnklaven diktieren und kein Mitbestimmungsrecht denen zugestehen. Und wenn gesagt wird, daß sie in unserer ad so arbeiterfreundlichen Regierung für ihre liebevollen Pläne verständnisvolle Eideshelfer finden, dann ist der Beweis hierfür von dieser erst in diesen Tagen erbracht worden. Nach Freiheit letzter der Arbeiter, und ein verflüchtiges Bitterwasser wird ihm freudig. Das neue Reichsvereinsgesetz ist eine neue Konzession an die Grubenbarone des Ruhr- und Saarreviers sowie der ober-schlesischen Bezirke, denn durch dasselbe werden Hunderttausende fremdsprachliche Arbeitnehmer rechtlos gemacht. Ein Federstrich raubt ihnen das einzige, was ihnen noch helfen konnte, das Koalitionsrecht.

Wie richtig es ist, daß die Arbeitnehmer unseres Berufes sich bei jeder Gelegenheit einem mächtigen Ganzen als Gegner gegenübersehen, zeigt das Programm des neugebildeten Verbandes, indem es ausdrücklich heißt, daß der Arbeitgeberschutzverband nur dann erstarben kann, wenn von einer Stelle aus alle Ber-

träge geregelt und dieser Stelle alle beteiligten Arbeitgeber angeschlossen sind. Ein planmäßiges Arbeiten hat diese Stelle ins Auge gefaßt, das ergibt ein anderer Punkt des Programms, in dem es heißt, daß es von größter Wichtigkeit sein muß, alle Tarifverträge, welche jetzt mit unserem Verband abgeschlossen werden, möglichst einheitlich bis zu einem bestimmten Endtermin abzuschließen. Als Richtlinie ist der sogenannte Dreifädertarif vorgezeichnet. Man könnte schließlich noch an ein ehliches Wollen der Unternehmer, durch friedliche Uebereinkommen die Ruhe des Gewerbes zu sichern, glauben, wenn diese nicht selbst diesen Glauben im Keime ersticken. Sagen sie doch, behufs einheitlicher Abwehr von unberechtigten Forderungen der Arbeiter event. Abkürzung von entstandenen Streiks ist es unbedingt erforderlich, alle noch abzuschließenden Tarifverträge auch bis zum 1. Juli 1911 — dem Ablaufpunkt des „Allgemeinen Tarifs“ — festzulegen. Das beliebteste Wort im Sprachschatz der Unternehmer ist das von den „unberechtigten Forderungen der Arbeiter“. Hat man aber je einmal gehört, welche Forderungen als berechtigt anerkannt werden von Seiten der Unternehmer? Körichte Frage. Eine jede Forderung ist — nach Unternehmerlogik — unberechtigt, denn jede Forderung der Arbeiterschaft schmälert die Profitrate des Unternehmers.

Noch einiges kurz über den Verband selbst. Die Zeitung desselben wurde einem Zentralvorstand übertragen, an dessen Spitze der Berliner Buchbindermeister A. Papajewsky steht. Der organisatorische Aufbau des Schutzverbandes ist so gedacht, daß Bezirksverbände gebildet werden. Alle Buchbindermeister, welche bis zum nächsten Verbandstage, der im Juli nächsten Jahres in Wiesbaden stattfindet, beitreten, brauchen kein Eintrittsgeld zu entrichten. An Beiträgen werden geleistet: ein persönlicher in Höhe von 4 Mk. pro Jahr und 60 Pf. pro Quartal für jeden Arbeiter über 18 Jahre. Der Verbandstag findet alljährlich unmittelbar vor dem Verbandstag des Bundes deutscher Buchbinderinnungen statt. Weiter jellen alle Tarifverträge, welche von jetzt an mit den Arbeitnehmern abgeschlossen werden, rechtzeitig dem Vorstande eingereicht werden, damit dieser Rat und Hilfe erteilen kann.

Der Aufruf des Vorstandes, der zu reger Agitation für den Verband auffordert, offenbart, soweit er das Programm des Schutzverbandes berührt, eine äußerst aggressive Stimmung, die gegen die Arbeitnehmerorganisation gerichtet ist. Nicht ein einziges Wort deutet an, daß der Schutzverband neben der Bekämpfung der Arbeitnehmerorganisation noch einen anderen Zweck haben könnte. Nur gegen diese ist er gerichtet, und darum heißt es, auf der Süt zu sein. Dem Aufruf des Zentralvorstandes des Arbeiterschutzesverbandes für das deutsche Buchbindergerberde und verwandte Berufe nach zu urteilen, soll der 1. Juli des Jahres 1911 eine besondere Bedeutung erhalten.

Müsten wir, daß diese Ankiündigung zur Wahrheit werde, jedoch in anderem Sinne, als es die Gründer des Schutzverbandes heute vielleicht erhoffen.

Müsten wir, daß wir am 1. Juli 1911 dem vereinten Unternehmertum eine solche Macht gegenüberstellen können, daß es die Arbeitnehmer als gleichberechtigt anerkennen muß.

Müsten wir, damit am 1. Juli 1911 nicht wir diejenigen sind, welche die Zeichen der Zeit, die uns früh genug kundgetan wurden, nicht beachtet, nicht gewürdigt haben.

Müsten wir, damit wir am 1. Juli 1911 eine achtunggebietende Macht darstellen, an der die Pläne der Unternehmer abprallen.

Müsten wir, damit wir auf Grund unserer Stärke am 1. Juli 1911 tatkräftig für die Erhaltung des Friedens im Berufe eintreten können.

Müsten wir, denn der 1. Juli 1911 soll ein entscheidender Tag für unseren Beruf werden.

## Eine Berichtigung

auf Grund des § 11 des Preßgesetzes läßt uns der „Verband süddeutscher Kartonnagenfabrikanten“ durch seinen ersten Schriftführer, Herrn Karl Bosse, Nürnberg, zugehen. Diese Berichtigung entspricht in keiner Weise den Anforderungen des genannten Paragrafen und lehnen wir daher den Abdruck derselben ab.

In Nr. 17 der „Kartonnagenzeitung“ wird uns in aller Deffentlichkeit angedroht, — und auch die Zuschrift des Herrn Bosse schließt mit einer ähnlichen Nebenbemerkung — wenn der Abdruck der genannten Berichtigung nicht in Nr. 48 der „Buchbinderzeitung“ vom 30. November erfolge, am 1. Dezember gegen uns Strafantrag gestellt werden wird. Wir erklären, daß wir diesem Strafantrag mit größter Seelenruhe entgegensehen, da wir gern bereit sind, dazutun, auf welcher Seite mit „wichtigen Unwahrheiten“ operiert wird.

## Die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters.

I.

Er. In unserer Zeit werden durch den wirtschaftlichen Kampf die Wogen der Erregung nicht selten hochgetrieben. Da stehen sich Arbeiter und Unternehmer und selbst Arbeiter und Arbeiter gegenüber, alle Partien befehrt, ihre Interessen als die nach Tradition und Recht geheiligten hinzustellen. Wie oft kommt es nicht vor, daß der Arbeiter seinem Nebenfollegen klar machen muß, daß er als Arbeiter Rechte besitzt, welche er sich nicht anzumäßen braucht, um sie zu besitzen, die ihm vielmehr in seiner Eigenschaft als Produzent gegeben sind und nur — durch Gesetz und Gesetzesrecht verbrämt — als solche nicht anerkannt werden. Das Recht auf den vollen Arbeitsvertrag, welches heute in seiner veralteten Auffassung allerdings keine Bedeutung mehr hat, lebt angesichts der hohen Dividenden und Ueberflüsse so vieler industrieller Unternehmungen wieder auf, denn die Besserbezahlung der Arbeitskraft ist trotz der steigenden Löhne immer noch eine Farce, weil die Warenpreise eine entsprechende Steigerung erfahren haben. Eine freiere Gestaltung des Arbeitsvertrages gehört ebenfalls noch zu den unerfüllten Hoffnungen, welche die Arbeiter seit vielen Jahrzehnten hegen, so daß der Arbeiter als Mensch wie als Produzent erst jener Anerkennung entgegensteht, welche er verdient. Der Unternehmer von heute in seiner typischen Gestalt weiß aber weder etwas von Arbeiter- noch Menschenrechten des Arbeiters. Soweit der Arbeiter seinen Aufgaben in der Fabrik gerecht wird, läßt man ihn gewähren; magt er sich an, den Lohn als zu niedrig, die Arbeitszeit als zu lang, den Betrieb als für sein Leben zu gefährlich zu bezeichnen, verfällt er dem Nichtspruch des Kapitalisten. Er genießt eine „bürgerliche Freiheit“, welche man in Bourgeoisereisen sehr hoch ansieht, weil man in ihr den Grund- und Eckpfeiler des bürgerlichen Reichums erblickt, was so wahr wie trügerisch ist. Aber eine wirtschaftliche Freiheit wird ihm nicht gewährt: den Anordnungen des Fabrikherrn ist Folge zu leisten; mit dem Eintritt in das Wirtschaftsgetriebe endet sein Wille.

Jetzt ist es Aufgabe des Arbeiters, nicht für sein Wohl, sondern für dasjenige der „Firma“ zu sorgen, angeblich, weil der Letzteren Wohl auch das seinige ist. Hier hebt sich mit einem Male jedes Selbstbestimmungsrecht auf; wenn der Unternehmer es wünscht oder für notwendig hält, haben seine Arbeiter 11 oder 12 oder 14 Stunden zu arbeiten, sein Kapital soll sich „verzinsen“, d. h. vermehren, soll neues Kapital heben und deshalb hört jede Rücksichtnahme auf den „Bruder Arbeiter“ ohne weiteres auf.

Ob er den Anforderungen gewachsen ist oder nicht, ob Geschlechter deshalb degenerieren, Gesundheit und Leben des Arbeiters gefährdet sind, kümmert niemand etwas, denn er bekommt für seine Arbeit einen Lohn, mit welchem nach bürgerlichem Rechte alle Ansprüche des Arbeitenden erlösen. Das ist offensichtlich der Despotismus in Reinkultur, wie er vor wenig mehr als einem Jahrhundert in den meisten europäischen Staaten gang und gäbe war. Die wirtschaftliche Umwälzung hat ihn zwar aus dem Staats-, aber nicht aus dem Wirtschaftsleben entfernt und noch lange wird es dauern, bis der Fabrikpacha der Vergangenheit angehört wird.

Seine Pfeiler stehen noch recht fest, weil der Glaube an seine Herrschaftsrechte noch tief im Volke wurzelt, welches seinen Bestiand seiner Intelligenz, Tatkraft, Sparsamkeit und dergleichen

schönen Eigenschaften mehr zuschreibt und infolge dessen auch an eine unumschränkte Selbstverwaltung desselben glaubt und selbst da, wo offenbar durch Arbeit der Reichtum erzeugt wird, an einem „Glücksfall“ nicht zu zweifeln wagt. Nur der entmenschten Habgier ist es zuzuschreiben, wenn im Laufe vieler Jahrzehnte der ungebremst waltenden Unternehmerrückgriff in Jügel in Form von Schutzgesetzen für die Arbeitenden angelegt wurde, denen sich neuerdings die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften wirksam zugekehrt hat. — Aber trotz dieser Milderung des Arbeitsverhältnisses entspricht das Verhalten des Kapitalisten dem Arbeiter gegenüber in nichts den tatsächlichen Faktoren. Noch immer steht der Fabrikherr in dem Arbeiter den Knecht, in sich selbst den „Brotherrn“, von dessen Gnade der Arbeiter seine Existenz fristet, was der Wahrheit ins Gesicht schlägt, weil ohne die Tätigkeit des Arbeiters das Vermögen des Kapitalisten über kurz oder lang einmal gewesen sein dürfte.

Daß einsichtige Unternehmer ihren Arbeitern Konzessionen machen und entgegenkommen, indem sie ihnen das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitszeit, des Lohnes, wie überhaupt aller unter den Begriff des Arbeitsvertrages fallender Arbeitspflichten einräumen, entspricht allerdings den humanitären Anforderungen, ohne indes im wesentlichen bedeutungsvoll zu sein, weil einerseits die Zahl der Einsichtigen noch gering, andererseits aber das Entgegenkommen im Grunde weiter nichts ist, als der Gradmesser für die Macht der Arbeiter, welche durch die Einigkeit und Geschlossenheit in Organisationen erzeugt wird.

Solange es Kapital und Arbeit gibt, wird von einer Gleichstellung aller am Produktionsprozeß beteiligten Personen nicht geredet werden können. Der Kapitalist wird stets der Herrschende, Befehlende, der Arbeiter der Beherrschte, Gehorchende sein. Aber es wäre naturgemäß verfehrt, deshalb in stummer Untätigkeit zu verharren. — Das haben sich die Arbeiter auch längst abgewöhnt, denn wiewohl sie beispielsweise recht gut wissen, daß trotz steigender Löhne ihre Klasse lange dieselbe bleibt, kämpfen sie dennoch unausgesetzt für eine Erhöhung des Lohnes. Das kapitalistische Arbeitsverhältnis faun starke Abweichungen aufweisen, welche offenbar werden, wenn ein landwirtschaftlicher Arbeiter Ostindiens einem Industriearbeiter Sachsens oder der Rheinprovinz gegenübergestellt wird und dieser Gegenpaß läßt sich auch nicht hinwegleugnen bei dem typischen Arbeiter des mittleren Gewerbebetriebes, der vermöge der geringeren Widerstandskraft seines Kapitalisten freier ist, als der nummermäßig aufgeführte Arbeiter eines Riesenbetriebes. Die eine wirtschaftliche Freiheit steht sich eben aus vielen kleinen Freiheiten zusammen, welche in größerer oder geringerer Häufigkeit den Grund der Selbstständigkeit des Arbeiters im Arbeitsverhältnis abgeben.

In der Freizügigkeit des Arbeiters erblicken wir jene Eigenschaft, welche ihn freier und unabhängiger macht. Sie ist gleichzeitig die Gabe der kapitalistischen Wirtschaftsweise an die proletarisierenden Schichten, ohne daß dieselbe einer besonders liebevollen Geberknechte des Kapitalismus zu danken wäre. Sie ist, wie die freie Konkurrenz, ein Produkt der Wirtschaftsweise, welcher die Härte, die Weibigkeit oder das Sklaventum nicht mehr zuzufügen, weil sie zu einer gegebenen Zeit und an einem bestimmten Orte viele Arbeitskräfte benötigt, welche nach kürzerer oder längerer Beschäftigung zum guten Teil wieder überschüssig werden. Die wechselnde Beschäftigungsgellegenheit und die dadurch bedingte Fluktuation der Arbeitskräfte war ihre Ursache.

Mag aber ihre Entstehung diesem oder jenem Umstände zu danken sein, auf jeden Fall ist sie ein bedeutungsvolles Mittel zur Hebung und Förderung der Arbeiterlage. Es ist bekannt, daß mit der Abspaltung eines Menschen von seinem Mutterboden sein Selbstbewußtsein und Persönlichkeitsgefühl wächst und mit diesem die Befreiung von dem Ueberkommenen, welches von der Wohlthat zur Plage wird. Heinrich Heine charakterisiert das recht treffend mit den Worten:

„Ausländer, Fremde sind es meist  
Die in uns hab'n gefast den Geist  
Der Rebellion, dergleichen Sinder  
Sind gottlob selten Landesinder.“

Dabei muß in dem Arbeiter gleichzeitig der Gedanke einer Stärkung der eigenen, hilflosen Persönlichkeit durch die Organisation erwachen, weil er, losgetrennt von allem, nur im Besitze seiner Arbeitskraft ist, deren Kaufpreis er versuchen muß nach Möglichkeit zu steigern. Es steht ihm aber auch frei, die eine Arbeitsstelle mit einer anderen zu vertauschen; er ist nicht mehr das willenlose Werkzeug, jederzeit kann er eine schlechte Stelle verlassen und eine bessere annehmen. Damit ist der willkürlichen Preisfestsetzung der Arbeitskraft —

ungeachtet dem Angebot und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt — eine Schranke durch den Arbeiter selbst gesetzt.

Ueberhaupt wird alles, was geeignet ist die Arbeitskraft hintanzuhalten, den Preis der Arbeitskraft erhöhen, also die Einstellung der Arbeit bei Streiks, wie nicht minder die Fernhaltung von Arbeitskräften bei Sperrern und bei Ueberangebot von Arbeitern, nur muß die Hintanhaltung eine entsprechend große sein. Daraus erklärt sich die Notwendigkeit des Streik- und Arbeitslosenunterstützung, welche geeignet ist, die ökonomische Widerstandsfähigkeit des Arbeiters zu heben. — Die Organisation repräsentiert für den Arbeiter eine unschätzbare Macht, weil sie seine ökonomische Lage zu bessern sucht und damit durch eine finanziell günstigere soziale Lage sein Rückgrat steift. Deshalb wirkt sie auch befreiend und stellt, weil sie dem Kapital den Arbeiter in seiner Gesamtheit gegenübertritt, den einzig gangbaren Weg zur wirksamen Geltendmachung aller Arbeiterforderungen durch die Selbsthilfe dar.

**Internationales.**

**Der dänische Verbandstag.**

Der dänische Reichstag hat, wie unseren Lesern wohl aus der Tagespresse bekannt geworden sein wird, im Frühjahr ein Gesetz über anerkannte Arbeitslosenkassen angenommen, wonach Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, ein Drittel der zu diesem Zweck ausgegebenen Gelder aus der Staatskasse erhalten können, wenn sie eine besondere Arbeitslosenkasse errichten, die den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Die Summe des Staatszuschusses zur Arbeitslosenunterstützung ist vorläufig auf ein Maximum von 250 000 Kronen im Jahre festgesetzt, was für ein Land mit 2½ Millionen Einwohnern eine inermittlich anerkennenswerte Leistung ist, zumal es sich um einen Zweck handelt, für den das angeblich in der Sozialpolitik an der Spitze marschierende Deutsche Reich noch keinen Feinrig übrig hat. Im Jahre 1905, als es in Dänemark mit der Arbeitslosigkeit sehr schlimm ausah, gaben die dänischen Gewerkschaften 461 240 Kronen für die Arbeitslosenunterstützung aus, so daß für jenes der nun festgesetzte Staatszuschuß mehr als ausreichend gewesen wäre, um ein Drittel der Unkosten zu decken. Es ist auch kaum daran zu zweifeln, daß der dänische Reichstag, falls in Zukunft jene 250 000 Kronen nicht mehr ausreichen, die Summe erhöhen wird. Der dänische Gewerkschaftsverband hat in seiner Generalversammlung im Mai dieses Jahres den Gewerkschaften empfohlen, sich die Vorteile des Gesetzes zunutze zu machen.

Die erste Gewerkschaft, die diesen Rat befolgend, ihre Arbeitslosenkasse dem Gesetz angepaßt hat, ist der dänische Buchbinderverband. Hauptächlich diesem Zweck diente die fünfte Delegiertenversammlung des Verbandes, der Verbandstag, der am 29. und 30. September in Aarhus stattfand. Daran nahmen 24 Delegierte teil und zwei Gäste: der Kollege Steinhauer aus Kristiania als Vertreter des norwegischen und der Kollege Björkdahl aus Stockholm als Vertreter des schwedischen Buchbinderverbandes.

Dem Geschäftsbericht, den der Verbandsvorsitzende Olsen gab, ist zu entnehmen, daß in den seit dem vorigen Verbandstag verflochtenen 2½ Jahren besonders wichtige Ereignisse nicht stattgefunden haben. Der Geschäftsgang im Beruf hat sich glücklicherweise verbessert, die Arbeitslosigkeit hat sich bedeutend vermindert, wenngleich sie immer noch so groß ist, daß viele gute Arbeitskräfte brachliegen. Die finanzielle Lage des Verbandes wird als verhältnismäßig gut bezeichnet. Die Schulden, die bei der großen Aussperrung von 1904 gemacht werden mußten, sind abbezahlt, und in der Streikasse sind zurzeit circa 3850 Kronen Bestand, in der Unterstützungsasse 3200 Kronen. Die Mitgliederzahl ist seit dem vorigen Verbandstage von 739 auf 760 gestiegen, die höchste Zahl, die innerhalb der letzten 10 Jahre erreicht wurde. Der Verband besteht aus 9 Ortsabteilungen.

Der Verband ist Anteilhaber in drei Genossenschaftsunternehmungen, nämlich in der Arbeiterbrauerei „Stjernen“, der Arbeiter-Lebensversicherungsgesellschaft, die der staatlichen Lebensversicherungsanstalt angeschlossen ist, und in einem Versammlungsgebäude auf Årrebo. Die Brauerei „Stjernen“ hat sich zu einem recht rentablen Unternehmen entwickelt. Sie begann mit der Produktion im Juli 1902. Ihr Jahresabsatz an „Sternenbier“ stieg von 14 696 Tonnen im Jahre 1903 auf 29 113 Tonnen im Jahre 1906.

Der Geschäftsbericht sowie der Massenbericht, den der Kollege Olsen darauf vorlegte, wurden vom Verbandstag einstimmig gutgeheißen.

Sodann wurde über die Errichtung der neuen Arbeitslosenkasse beraten. Der Beschluß, eine solche Kasse, die also vom Staate anerkannt und subventioniert wird, zu gründen, wurde einstimmig gefaßt. Die Verbandsleitung hatte im Einvernehmen mit dem staatsangestellten Arbeitslosigkeitsinspektor einen Statutenentwurf für die Kasse ausgearbeitet, der dann auch mit geringen Änderungen vom Verbandstag gutgeheißen wurde. Infolge dieses Beschlusses wurden die Wochenbeiträge um 11 Öre für die männlichen, und um 5 Öre für die weiblichen Mitglieder erhöht, das heißt auf 65 und 40 Öre, wovon 24 und 16 Öre in die Arbeitslosenkasse fließen. Dieser Beitrags-erhöhung steht jedoch eine weit mehr ausgebreitete Unterstützung gegenüber. Die Unterstützungssätze sind zwar dieselben wie vordem geblieben, doch wird die Unterstützung nun bereits nach 52 Wochen Beitragsleistung innerhalb 12 Monaten für 70 Tage der Arbeitslosigkeit ausbezahlt, und bisher konnte man nach 104 Wochenbeiträgen nur für 35, nach 52 Beiträgen nur für 28 Tage Unterstützung beziehen. Außerdem kann die Unterstützung jetzt in drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren bezogen werden, also für im ganzen 210 Tage, ehe das Mitglied wieder genötigt ist, ein Jahr lang seine Beiträge zu zahlen, um von neuem unterstützungsberechtigt zu werden.

Mitglied der anerkannten Arbeitslosenkasse kann nur werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dieser gesetzlichen Bestimmung wegen beschloß der Verbandstag, daß den minderjährigen weiblichen Mitgliedern die bisher übliche Arbeitslosenunterstützung aus Verbandsmitteln weiter bezahlt wird. Ebenso wurde beschloffen, daß neu ausgeleitete Gehälften in den ersten 6 Wochen nach der Scheidung in jeder Ortsabteilung 2 Kronen Reiseunterstützung erhalten können. — Mit diesen und einigen anderen Änderungen, die meistens durch die Errichtung der anerkannten Arbeitslosenkasse notwendig geworden waren, wurde das neue Verbandsstatut einstimmig angenommen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichtete der Verbandsvorsitzende Olsen über die internationale Buchbinderkonferenz in Nürnberg. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden vom Verbandstag einstimmig gutgeheißen, ebenso der Statutenentwurf für das Internationale Sekretariat in Berlin.

Darauf wurde über einige Änderungen des Gegenseitigkeitsvertrages der skandinavischen Buchbinderverbände beraten. Der schwedische Verband hat bekanntlich auf seinem letzten Verbandstag die Änderung angenommen, daß die gegenseitige Streikunterstützung schon dann in Wirkksamkeit treten soll, wenn 10 Proz. der Mitglieder einer der Verbände sich im Auslande befinden, und nicht wie bisher erst bei 25 Proz., und daß die wöchentlichen Extrabeiträge für diese gegenseitige Unterstützung auf ein Maximum von 50 Öre pro männliches, und 25 Öre pro weibliches Mitglied ausgehnt werden können, jedoch mit dem Recht, die den Mitgliedern für Lohnkämpfe im eigenen Lande auferlegten Extrabeiträge davon abzuziehen. Diese Änderungen wurden nun vom Verbandstag unserer dänischen Kollegen ebenfalls gutgeheißen.

Ferner beschloß der Verbandstag, daß der Verband 4 Aktien von „Social-Demokraten“, dem in Kopenhagen erscheinenden Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, übernimmt, um damit Kontrahent dieses Unternehmens zu werden, das Eigentum der dänischen Gewerkschaften ist, dessen Uebernahme jedoch für die politische Arbeiterbewegung verwandt werden. Außerdem wurde beschloffen, daß der Verband der „Dänischen Vereinigung für Arbeiterschutz“ beiträgt, die den Zweck hat, auf die gesetzgebenden Körperschaften einzuwirken, um bessere Arbeiterschutzgesetze zu erhalten.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Agitation unter den Arbeiterinnen in der Provinz, die noch zu einem großen Teil, namentlich auch in der Skandinavien, der Rutenindustrie und anderen Branchen, noch nicht organisiert sind. In einer Resolution wurden die Ortsabteilungen aufgefordert, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Arbeiterinnen mehr und mehr für die Organisation gewonnen werden.

Der Hauptvorstand des Verbandes, der bisher durch geheime Wahlstimme der Mitglieder gewählt wurde, mußte nun nach dem neuen Statut vom Verbandstag gewählt werden. Er fungiert zugleich als Repräsentantschaft der Arbeitslosenkasse, die von den übrigen Verbandsgeschäften getrennt verwaltet werden muß. Als Mitglieder des Hauptvorstandes, der in Kopenhagen seinen Sitz hat, wurden die Kollegen S. Olsen (Verbandsvorsitzender), W. Giese, Th. Michelsen, und die Kollegin Hansique Svendsen gewählt. Als Re-

präsentanten der Provinz E. Larsen in Esbjerg, B. Nielsen in Vejle, Fr. Wjörup in Ålborg und P. Søndergaard in Ålborg.

**Aus dem Schweizerischen Buchbinderverband.**

Die vom schweizerischen Zentralvorstand für den 27. November d. J. nach Olten einberufene Delegiertenkonferenz ist verjodoben worden. Der Grund für diese Maßnahme ist folgender:

In Ausführung eines Beschlusses des Schweizerischen Gewerkschafts- und Kongresses von 1906, wonach die verschiedenen Organisationen gleicher Industrien sich möglichst zu Zentralverbänden verschmelzen sollen, hat sich der Zentralvorstand des Schweizerischen Buchbinderverbandes an den Zentralvorstand des Hilfsarbeiterverbandes gewandt, um eine grundsätzliche Aussprache über diese Frage herbeizuführen. Der Hilfsarbeiterverband hat sich nunmehr zu derselben geäußert und sich mit einer Fuston der beiderseitigen Verbände einverstanden erklärt sowie den Wunsch ausgesprochen, in Verhandlungen über diese Frage einzutreten. Infolgedessen zog der Vorstand des Buchbinderverbandes seinen zur Beratung auf der eingangs erwähnten Delegiertenkonferenz gestellten Antrag betr. Organisation der im Buchbinderberuf beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zurück und kam zu obigem Beschluß.

**Die Bewegung in Ungarn.**

Wie wir schon in Nr. 41 berichteten, sieht die Tarifbewegung der Buchbinder in Budapest einem friedlichen Verlauf entgegen. Die Unternehmer mußten zu der Einsicht kommen, daß es zweckmäßiger ist, mit den Arbeitnehmern einen friedlichen Tarifabschluß einzugehen und es nicht zu einem Kampf kommen zu lassen, aus welchem sie unbedingt als Besiegte herauskommen würden. Dadurch ist jetzt auch der Akkordtarif zustande gekommen. Die Budapestener Kollegen können nunmehr mit Genehmigung auf die Bewegung zurückblicken.

Es wurden außer Anerkennung der Vertrauenspersonen, Bezahlung sämtlicher Feiertage und Freigabe des 1. Mai die Löhne im Durchschnitt um 12 bis 20 Proz. erhöht. Der Tarif ist auf 3 Jahre abgeschlossen worden und läuft am 30. September 1910 ab.

Es wird nun Aufgabe der Kollegenchaft sein, das Erreungene hochzuhalten und in den 3 Friedensjahren weiter zu rüsten, um bei Ablauf des Tarifes mit aller Kraft den Kampf um den Achtstundentag aufzunehmen.

In Nagy Kanizsa sind die Kollegen wegen Nichtanerkennung des eingerichteten Tarifes in den Auslande getreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die dortigen Prinzipale versuchen werden, auch in Deutschland Kollegen anzuwerben. Man lasse daher Vorsicht walten bei Stellenangeboten aus Ungarn. D. A.

**Auflösung des Verbandes der graphischen Arbeiter Petersburgs.**

Am 29. Oktober löste auf den Vorschlag des Petersburgsburger Stabthauptmanns das „städtische Amt in Sachen der Vereine und Verbände“ den Petersburgsburger Verband der Arbeiter des graphischen Gewerbes auf. Die Auflösung dieses Verbandes ist für die Petersburgsburger Arbeiter ein bedeutungsvolles Ereignis, da dieser Verband eine der stärksten und geschlossensten Organisationen war und an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung in Petersburg marschierte. Der Verband, der circa 10 000 Mitglieder, also circa 40 Proz. aller Arbeiter des graphischen Gewerbes Petersburgs umfaßte, verstand es trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, bedeutende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erzielen — es gelang ihm, in der Mehrzahl der Druckereien einen Durchschnittslohn einzuführen, „konstitutionelle Ordnungen“ in vielen Betrieben einzurichten, wodurch die Entlassung von Arbeitern sowie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dem gewählten Arbeiterausschuß übertragen wurde, ferner organisierte er die Registrierung und Unterstützung der Arbeitslosen. Durch die Tätigkeit des Verbandes wurden die wilden Streiks fast beiegelegt und in der letzten Zeit stand er in Unterhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abschließung eines Tarifvertrages.

Nun gab gerade die Geschlossenheit und die Stärke des Verbandes den Helfershelfern der Scharfmacher Veranlassung zu seiner Auflösung. Dem die Administration, die es für überflüssig und unbequem hält, das Gesetz vom 17. März, das die Bildung von Verbänden zuläßt, formell aufzuheben, gibt sorgfältig acht, daß die existierenden Organisationen keine festen Formen annehmen. Ist aber ein Verband trotz aller Schikanen zu einer starken Organisation herangewachsen, so steht der „zuständigen Behörde“ das Recht zu, ihn aufzulösen.

So geschah es auch hier: unter allerlei sinnlosen Vorwänden löste die Administration die ehemals von ihr genehmigte und absolut nicht über die Rahmen des „Erlaubten“ hinausgehende Organisation auf; die Polizei verriegelte sofort das Verbandslokal, nahm — wie das gewöhnlich geschieht — Hausdurchsuchung vor, stellte die Namen der dort befindlichen Personen fest und belegte sämtliche Bücher und Papiere des Verbandes mit Beschlagnahme. Das Organ der Druckereiarbeiter „Sjiznj Pjeschnika“ wurde geschlossen.

Das Schachmattum verstand es, aus den Polizeidiensten zur Verteilung seines Prinzips „des Herrn im Hause“ Nutzen zu ziehen. Gleichzeitig mit der Sitzung des Amtes in Sachen der Vereine und Verbände, als das Schicksal des Verbandes — vielleicht nicht ohne Mitwirken der Unternehmer — bereits besiegelt war, fand auch die Sitzung der Tarifkommission, bestehend aus den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, statt. Letztere stellten den Arbeitern offenkundig unannehmbare Bedingungen und die Verhandlungen zwecks Abschluß des Tarifes wurden von beiden Seiten abgebrochen. Der zwischen den Unternehmern und Arbeitern für die Dauer der Unterhandlungen abgeschlossene „Waffenstillstand“ wurde ebenfalls aufgehoben.

Die Auflösung des Verbandes rief natürlich unter den Petersburger Arbeitern des graphischen Gewerbes große Erregung hervor und in einer ganzen Reihe von Druckereien finden nun Versammlungen statt, in denen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des alten oder zur Gründung eines neuen „legalen“ Verbandes erwogen werden.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

VI.

Die „Christen“ sind wenigstens so liebenswürdig zu bemerken, daß die christlichen Gewerkschaften die Zentralverbände nicht in nächster Zeit erreichen oder übertreffen werden. Für die spätere Zeit steht somit, glücklicherweise nur nach Meinung der Führer der christlichen Gewerkschaften, den Zentralverbänden dieses furchterliche Schicksal bevor. Wenn die Mitgliederentwicklung so anhält, wie in den letzten Jahren, dann sollen die christlichen Gewerkschaften bald 500 000 Mitglieder zählen. Das wird wohl nicht ganz zutreffen. Daß die christlichen Gewerkschaften wohl 500 000 Mitglieder bekommen werden, kann schon stimmen, denn bei dem ungeheuren Menschenmaterial, das heute noch in Banne der katholischen Kirche mit all seinen unheilvollen Folgen steht, bedeuten 200 000, die wenigstens für den Organisationsgedanken, wenn auch nur dem der „Christen“, gewonnen werden, keine sehr große Rolle. Aber wenn sie gewonnen werden sollen, dann darf die Mitgliederzunahme nicht so anhalten, wie in den letzten Jahren. Im Jahre 1905 nahmen nämlich die christlichen Gewerkschaften um 57 543 Mitglieder oder 27,7 Proz., im Jahre 1906 aber nur um 55 216 oder 20,8 Proz. zu. Bleibt die Zunahme in dieser Weise, dann hat es mit den 500 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern noch gute Wege.

Aber die Führer der christlichen Gewerkschaften wissen stets neue Gründe für die geringere Werbekraft ihrer Gewerkschaften gegenüber den Zentralverbänden anzugeben. Im Jahre 1905 war es der „Terrorismus“, den die Mitglieder der Zentralverbände gegenüber den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern ausübten. Nachdem in unserem letzten Jahresbericht gezeigt war, wie es mit diesem „Terrorismus“ steht, scheint man diesen Grund nicht mehr als stichhaltig genug anzusehen. Deswegen ist dieses Mal ein anderer ins Treffen geführt. „Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation“, das ist es, worin die christlichen Gewerkschaften den Zentralverbänden angeblich nachstehen. Der Mangel an Kräften wird aber in dem Jahresbericht in folgender Weise noch besonders betont. „Infolge der günstigen Mitgliederentwicklung ist die Zahl der Angehörigen der christlichen Gewerkschaften schon bereits auf über 200 angewachsen. Im Vergleich zur sozialdemokratischen Bewegung ist diese Zahl allerdings noch gering. Dort verfügt der Metallarbeiterverband allein über 274 Angestellte; es folgen dann die Maurer mit annähernd 200, die Handels- und Transportarbeiter 80, Buchdrucker 43, Bäcker 35 usw. Allein in Rheinland und Westfalen, wo die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Verbände die der christlichen Organisationen nicht sehr viel übertrifft, haben erstere mehr Beamte angestellt als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland.“

Wie steht es nun mit diesem Mangel an Kräften in Wahrheit. Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, verweigert der Bericht vorsichtigerweise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von

großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 248 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder 8,09 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Zweigvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht mit einbezogen werden dürfen. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 8,1 Beamte. Die „Christlichen“ stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern überlegen sie, weil sie „über 200“ Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Der Grund ist also nicht stichhaltig, wie auch der, daß den christlichen Gewerkschaften nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stehen. Die „Christlichen“ verausgabten 1906 für Agitation 262 787 Mk., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,06 Mk. Die Zentralverbände verausgabten für Agitation 1 820 753 Mk., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,08 Mk. Die zwei Pfennige, die bei den Zentralverbänden pro Kopf der Mitglieder mehr verausgabte wurden, als bei den Christlichen, werden keine so große Rolle spielen, denn diesen steht doch das „Vertrauen auf Gott und die Hilfe der Kirche“ zur Seite, während die Zentralverbände mit allen irdischen Mächten zu kämpfen haben und gegen sie vielfach von der Kanzel und im Beichtstuhl die Hilfe Gottes angeufen wird, was bei Menschen, die in dem Priester den Vertreter ihres Gottes sehen, nie ohne Wirkung bleibt. Es müssen somit andere Gründe vorliegen, welche es herbeiführen, daß die christlichen Gewerkschaften weniger Werbekraft haben, als die Zentralverbände, denn die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine haben pro Kopf der Mitglieder 1,45 Mk. für Agitation ausgegeben und doch 1906 nur 1411 oder 1,2 Proz. Mitglieder gewonnen.

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß der Arbeiterkampf immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ernsthafte Gewerkschaftspolitik treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterklasse abhängig gemacht wird. Dann aber üben die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstützungseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstützungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgabten für Rechtsschutz und Unterstützungen mit Ausnahme der Krankenunterstützung und der Beihilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 2,79 Mk., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine 2,36 Mk., die christlichen Gewerkschaften 0,92 Mk.; 1906 die Zentralverbände 2,88 Mk., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine 1,88 Mk. und die christlichen Gewerkschaften nur 0,44 Mk. Für Streiks und Aus-sperungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 7,55 Mk., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine 2,45 Mk. und die christlichen Gewerkschaften 5,32 Mk.; 1906 die Zentralverbände 8,61 Mk., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine 3,73 und die christlichen Gewerkschaften 3,45 Mk. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstützungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks blieben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen zurück. Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzu-schwächen, sind die christlichen Gewerkschaften gegründet worden und nun kommen sie in bezug auf Unterstützungen über jämmerliche Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso, wie mit den Unterstützungen im allgemeinen und dem Rechtsschutz steht es mit der wichtigsten Unterstützung, der für Arbeitslose. Es zahlten 1905 Arbeitslosenunterstützung 41 Verbände mit 866 000 Mitgliedern 1 991 924 Mk., 16 Hirsch-Dundersche Gewerbevereine mit 115 717 Mitgliedern 193 746 Mk. und 12 christliche Gewerkschaften mit 120 615 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 13 571 Mk.; 1906 43 Zentralverbände mit 1 138 738 Mitgliedern: 2 653 296 Mk., 16 Hirsch-Dundersche Gewerbevereine mit 116 239 Mitgliedern 136 043 Mk. und 11 christliche Gewerkschaften mit 135 333 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 34 464 Mk. Das machte pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden 2,30 Mk.,

bei den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,11 Mk., 1906 bei den Zentralverbänden 2,33 Mk., den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen 1,17 Mk. und den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,25 Mk.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine die Zentralverbände wegen ihres Kampfscharakters schmähen und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstützungseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, deswegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihre Unterstützungsweisen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht weil sie solches nicht wollten, kamen sie so spät dazu, sondern weil sie der ständigen Gefahr ausgelegt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstützungseinrichtungen nötigen Fonds anzusammeln, denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beschlagnahme der Kasse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man keinesfalls vor einem solchen Eingriff sicher. Dann fürchteten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die versuchten, die Gewerkschaften, welche Unterstützungen zahlten, als Versicherungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorzuschreiben, die nach versicherungstechnischen Berechnungen für die Unterstützungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatversicherung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an dem inneren Ausbau arbeiten und die Unterstützungseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungs-gesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch hineinzubringen wußte, die dann im Plenum des Reichstages getrichen wurde, nachdem der Reichszentralrat das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben werden würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. In das Gesetz über die Privatversicherungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hineingebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen danken die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung sehen? Töricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden, denn gerade der Sozialdemokratie danken die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung freigemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 24 000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, läßt erkennen, daß die Arbeitermassen der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen verachtet. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterkraft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aufs neue stärken und kräftigen.

E. Legien.

## Korrespondenzen.

Gesperret sind: Annaberg-Buchholz, Darmstadt, Hamburg-Altona und Wandersb., sowie die Firma Scheibe (für Eisnarbeiter) in Eisenberg.

Vor Annahme von Arbeit in Bochum und Gotha ist bei den dortigen Bevollmächtigten Erkundigung über die bestehenden Verhältnisse einzuholen.

Oesterreich: Gesperret sind: Laibach (Krain), Reichenberg (Böhmen).

Schweiz: Gesperret sind: Basel, Bern, sowie die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern.

**Hamburg-Altona.** Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung ist folgender: Bis jetzt haben 92 Firmen mit 268 Gehülften und 432 Arbeiterinnen, zusammen 700 Personen, unsere Forderungen anerkannt.

Die erzielten Resultate verteilen sich auf folgende Branchen:

Buchbinderei: 28 Betriebe mit 91 Gehülften und 164 Arbeiterinnen. Buch- und Stein-druckerei: 42 Betriebe mit 127 Gehülften und 175 Arbeiterinnen. Kartonnagen- und Musterkartenfabriken: 12 Betriebe mit 31 Gehülften und 90 Arbeiterinnen.

Gemischte Betriebe: 10 mit 19 Gehülften und 3 Arbeiterinnen.

Ausstände waren in 8 Betrieben mit 8 Gehülften und 40 Arbeiterinnen ausgebrochen. Davon sind in 4 Betrieben die Ausstände mit 4 Gehülften und 31 Arbeiterinnen mit Erfolg beendet.

Die Situation ist für uns sehr günstig, so daß wir, wenn der Zugzug auch noch fernerhin nach Hamburg-Altona ferngehalten wird, bald sämtliche Betriebe geregelt erhalten.

Aus vielen hier eingehenden Anfragen geht hervor, daß unsere Arbeitgeber von außerhalb Arbeitskräfte suchen. Wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir annehmen, daß die Herren die Taktik verfolgen, recht viele Arbeitskräfte nach Hamburg-Altona und Wandabek zu ziehen, um ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu erzielen und so im günstigen Moment den Lohn wieder herabdrücken zu können. Wir ersuchen daher alle Kollegen, keine Arbeit nach hier anzunehmen, selbst wenn die verlockendsten Löhne geboten werden sollten. Ein Arbeitermangel herrscht hier nicht, wir haben immer eine große Zahl Arbeitsloser auf dem Nachweis, die auch gern Arbeit haben möchten, aber unter dem Tariflohn nicht arbeiten würden. Daher muß die Parole der Kollegschaft Deutschlands auch fernerhin lauten, Zugzug nach Hamburg fernhalten.

**Darmstadt.** Die Kollegen befinden sich nunmehr über 8 Tage im Ausstand. 25 Kollegen und Kolleginnen stehen im Streik, 17 Kollegen konnten weiter arbeiten, da sie den Tarif bewilligt erhielten. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die noch ausstehenden Geschäfte ebenfalls noch genehmigen werden.

In der letzten Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzunehmen. Unsere Kollegschaft wird fest und treu zusammenhalten und nicht abgehen vor den Forderungen, die wohl berechtigt sind, wenn man die heutigen Verhältnisse in Augenschein nimmt.

Es ist gewiß von großem Interesse, zu erfahren, wie die hiesige Buchbindermeister-Bereinigung agitiert, um Arbeitskräfte zu bekommen. Ein Buchbindergehülfe, welcher bei einem Buchbindermeister Köhlein, Stuttgart-Heslach anfragte, bekam den Bescheid, daß in Darmstadt viele Buchbinder gesucht würden. Dieser Herr hatte auch die Gewogenheit, dem Kollegen ein Schreiben mitzugeben, welches an den Vorsitzenden der Buchbinder-Innung gerichtet war. Auf die Frage des Kollegen, ob in Darmstadt ein Tarif bestünde, bekam er die unvorbereitete Antwort, daß die Differenzen in Darmstadt bereits beendet wären. Als der Kollege nun sagte, daß er kein Reisegeld hätte, erhielt er den freundlichen Rat, doch seine Uhr zu verkaufen. Der Kollege ließ sich verleiten, nach Darmstadt zu reisen, doch wurde er nun hier über die hiesigen Verhältnisse aufgeklärt, was ihn veranlaßte, auf keinen Fall hier in Arbeit zu treten. Natürlich haben wir dem Kollegen nicht geraten, seine Uhr zu verkaufen, damit er weiter reisen kann, sondern wir haben ihm die nötige Unterstützung zukommen lassen. Das erhaltene „Empfehlungsschreiben“ aber lautet:

„Da Sie wiederholt um Buchbindergehülften schreiben, so sende Ihnen hiermit einen, der sich nach dort eignen würde. Er kommt jetzt aus der französischen Schweiz, hat kein Geld und ist somit gezwungen, zu arbeiten. Auf sein Befragen, ob dort ein Tarif sei, habe ich ihm gesagt, die Differenzen seien am Donnerstag beendet, die besten Kräfte abgereift und somit fehlen solche. Reisegeld habe ich ihm keins gegeben, da hat er seine Uhr verkauft, um nach dort fahren zu können. Es sind noch vier junge Leute hier, betreffs deren bitte sofort Nachricht. Senden Sie alle Nachrichten an meinen Schwager Lill, Photograph. Sonntags fährt derselbe nach Nördlingen.“

Mit kollegialen Gruß

Albert Köhlein, Buchbindermeister, Stuttgart-Heslach.

Unsere Stuttgarter Kollegschaft aber fordern wir auf, darauf bedacht zu sein, daß der Name des genannten „arbeiterfreundlichen“ Photographen unter der Stuttgarter Arbeiterkraft so bekannt wird, daß sich derselbe vor lauter Aufträge aus Arbeiterkreisen gar nicht mehr retten kann.

Leider haben wir auch einen überaus traurigen Fall zur Kenntnis zu bringen. Wir haben hier 3 Kollegen, die den Streikbrecher gespielt haben, zu veröffentlichen. Es sind diese der Buchbinder Biesegang, beschäftigt bei der Firma Leutner, die Buchbinder Kögel und Klein bei der Firma Hohmann. Die beiden letztgenannten Herren haben in der erbärmlichsten Weise gegen die Verbandsinteressen verstoßen, so daß dieselben aus unserem Verband ausgeschlossen werden.

**Essen a. R.** In letzter Nummer unserer Zeitung berichteten wir ausführlich über den Verlauf unserer Tarifbewegung. Bekanntlich ist dieselbe gut verlaufen, indem 27 Firmen unsere Forderungen anerkannten. 10 Firmen haben nicht bewilligt, doch kommen dieselben auch weniger für uns in Betracht. Daß unser Vorgehen Opfer fordern würde, war uns bekannt, daß aber einzelne Firmen zu Maßregelungen greifen würden, nachdem sie bewilligt haben, hielten wir nicht für möglich. So kündigte die Firma Wilhelm Classen am 23. d. M. unseren zwei Kollegen aus ganz zweifelhaften Gründen. Der eine hatte einen halben Tag gefehlt, was als Grund angenommen wurde, trotzdem sich derselbe entschuldigt hatte. Der andere wurde entlassen infolge „fortgesetzter Streikereien“ gegenüber dem dort beschäftigten Buchdrucker, der, nebenbei gesagt, nicht organisiert ist und durch sein unkollegiales Verhalten unsere Kollegen provoziert hat. Wir halten die genannten Gründe für nicht stichhaltig und nehmen Maßregelung an. Dies schon aus dem Grunde, weil Herr Classen selbst erklärt hat, mit diesen „hohen“ Löhnen nicht existieren zu können. Wir werden natürlicherweise alle Mittel ergreifen, um diesen Herrn zu überzeugen, daß die Tarife zu dem Zweck unterschrieben worden sind, um auch eingehalten zu werden. Wir werden in nächster Nummer auf die einzelnen Fälle zurückkommen. Für die Essener Kollegschaft heißt es nun, auf dem Posten zu sein und Sorge dafür zu tragen, daß unser Tarif auch überall eingehalten wird. Wir müssen darum auch dafür sorgen, die Indifferenten zu überzeugen und zu organisieren.

**Berlin.** In der am 11. November stattgefundenen Branchenversammlung der Berliner Eisarbeiter und Arbeiterinnen erstattete Bruders Bericht über die Verhandlung der Arbeitgeber und der Tarifkommission über die vom Einigungsamt nicht entschiedenen Streitpunkte. Die Diskussion hierüber verdichtete sich zu folgender Resolution, welche Annahme fand:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verlauf der weiteren Verhandlungen mit dem Fabrikanten, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten, und erklärt die Lohnbewegung für beendet. Die noch bestehenden Differenzen werden den Vertretern in der Schlichtungskommission zur weiteren Erledigung überwiesen.“

Die Versammlung bedauert, daß sich die Fabrikantenorganisation bezüglich der Berechnung der zu gewährenden Zulagen auf einen so krämerhaften Standpunkt stellt, der nur zu Differenzen zwischen den einzelnen Arbeitgebern und dem Personal führt. Sie beauftragt ihre Vertreter, die tariflichen Instanzen zur Entscheidung anzurufen.“

In die Tarifkommission, welche ihre Mandate mit Beendigung der Lohnbewegung zurückgibt, wurden gewählt: Bruders, Kulitowski, Teichert, Fiebig, Jenner und Wendt.

Bezüglich der verhältnismäßig hohen Zahl der Arbeitslosen wird folgender Antrag angenommen:

„Da noch eine beträchtliche Zahl arbeitsloser Kollegen vorhanden ist, beschließt die Versammlung, dieselben dadurch zu unterstützen, daß Ueberstunden nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Tarifkommission geleistet werden dürfen. Sie erwartet von der Kollegschaft soviel Solidaritätsgefühl, daß sie diesen Beschluß strikte durchführen wird.“

**Karlsruhe.** In der Residenz des badischen „Musterlandes“ befinden wir uns noch in der Periode der Ruhe. Der Tarifvertrag läuft erst im kommenden Jahre ab. Die agitatorische Kleinarbeit wurde und wird noch immer intensiv betrieben, was wohl als selbstverständliche Notwendigkeit angesehen werden muß. Infolge des ungeheuren Wechsels darf die Agitation nie ruhen, wenn die Mitgliederzahl steigen bzw. stabil bleiben soll. Am Schlusse des dritten Quartals war auch ausnahmsweise ein den Neuaufnahmen entsprechender Zuwachs zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl die Höhe von 67 erreicht hat. Es bedeutet dies eine Höhe, wie sie seit Bestehen der Zahlstelle noch nie zu verzeichnen war. Als besonders erfreulich dürfte wohl die Tatsache sein, daß reichlich drei Viertel der männlichen Mitglieder ab 1. Oktober in die höchste Beitragsklasse steuert. Da im kommenden Jahre die Tarifrevision bevorsteht, wurde der im Juli gefaßte Beschluß er-

neuert: den Lokalbeitrag ab 1. Januar 1908 für die Mitglieder der dritten und vierten Beitragsklasse von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen.

Die Zeit der Ruhe wurde aber auch dazu verwendet, innerhalb der Verwaltung zeitgemäße Reformen durchzuführen. Um die Mitgliederversammlungen interessanter und belehrender zu gestalten, wurde der Punkt „Verschiedenes“ von den Tagesordnungen entfernt. Der genannte Tagesordnungspunkt war und ist geeignet, persönlichen Streitereien Tür und Tor zu öffnen. Unter diesem Punkt kommen vielfach die kleinlichsten Inrempfehlungen zum Vorschein. Stundenlange, sehr heftige Debatten sind die unmittelbare Folge solcher Angriffe, was auf die gesunde Entwicklung einer Organisation sehr schädigend und hemmend wirkt. Durch diese bedauerlichen Vorkommnisse wird einem großen Teil der Mitglieder der Versammlungsbesuch verleidet. Diese Neuerung ist leider noch nicht von allen Mitgliedern erfaßt worden, man hat die gute und wohlmeinende Absicht der Verwaltung noch nicht vollständig gewürdigt. Im Interesse einer gesunden Entwicklung ist zu hoffen, daß die Erkenntnis recht bald bei allen Mitgliedern Platz greifen möge, was bei einigermaßen gutem Willen nicht schwer sein dürfte. Aller Kleinigkeitskram, der unter „Verschiedenes“ auskramt wird, kann weit besser auf dem Verwaltungsweg geregelt werden. Man sollte als selbstverständlich voraussetzen dürfen, daß die Mitgliederversammlungen zur Aufklärung und Belehrung dienen sollen, keineswegs aber als Tummelplatz feindlicher Geschäftigkeiten mißbraucht werden dürfen.

Um aber aufklärend und belehrend wirken zu können, ist natürlich notwendig, geeignete Vorträge zu arrangieren. Kollege Weinländer hat sich zur Aufgabe gemacht, im Laufe des Winters das „Arbeiterrecht“ gründlich zu behandeln. Zwei diesbezügliche Vorträge wurden bereits gehalten. In einem dieser Vorträge behandelte der Genannte die „geschichtliche Entwicklung des Arbeitsvertrages“, im zweiten „die gesetzlichen Bestimmungen bei Abschluß des Arbeitsvertrages“. Auf diesem Gebiet herrscht allgemein noch eine ziemlich bedenkliche Unwissenheit unter der Arbeiterschaft, die leider nur zu oft schwere Schädigungen der Betroffenen zur Folge haben kann. Auf diesem so wichtigen Gebiet tut Aufklärung und Belehrung dringend not. Darum fort mit fleißigen Erörterungen aus den Mitgliederversammlungen und an deren Stelle Behandlung mündlicher Thematiken. Die Sozialgesetzgebung, so mangelhaft dieselbe gegenwärtig noch sein mag, ist von tief einschneidender Bedeutung für die Arbeiterklasse. Die Unkenntnis der Gesetzesbestimmungen bezüglich des Arbeiterrechts hat nur zu oft bedauerliche Nachteile zur Folge. Im Interesse jedes Einzelnen muß es liegen, sich über die einschlägigen Rechtsverhältnisse gründlich zu informieren.

Jeder einzelne muß es als unbedingte Pflicht betrachten, Maßnahmen, die geeignet sind, aufklärend und anregend zu wirken, unterstützen und fördern zu helfen. Werden diese Gesichtspunkte entsprechend gewürdigt, so kann es der Allgemeinheit nur zum Vorteil gereichen.

**Krefeld.** Die Zahlstelle Krefeld hielt am 10. November ihre Generalversammlung ab. Bauer erstattete den Geschäftsbericht. Nach diesem fanden im verflochtenen Quartal 4 Vorstandssitzungen, 9 Werkstattbesprechungen und 4 Mitglieder-versammlungen statt. Differenzen waren ausgebrochen bei E. M. Lachner und Markus Weber. Letztere fanden nach dreifündigem Streik ihre Erledigung. Die Firma Lachner beabsichtigte die Arbeitszeit zu verlängern. Auch hier wurde der Streitpunkt zugunsten der Arbeiter geregelt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 186, stieg jedoch auf 208 im letzten Monat.

Nach dem Massenbericht bilanzierte die Lokalfrankenunterstützungskasse in Einnahme und Ausgabe mit 467,10 M., die Lokalkasse mit 244,35 M. und die Verbandskasse mit 1373,95 Mf.

Nach dem Massenbericht, welcher von Göbels gegeben wurde, wies Bauer auf die in nächster Zeit stattfindende Stadtratswahl hin. Er ersuchte die Wahlberechtigten, ihr Wahlrecht auszuüben und nur dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ihre Stimme zu geben. Es sei eine Schmach, wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Gegner wählen, wie dies vor Jahren von organisierten Buchdruckern der Fall war. Ein ausführlicher Bericht vom Sonntag wurde von Tiffen gegeben. Die Diskussion war reg.

Sodann rügte Bauer verschiedene Mißstände bei der Firma Gustav Cafaretto. Die Lohnzahlung erfolge z. B. bis eine halbe Stunde nach Arbeits-schluß. Auch verstoße die Firma sehr häufig gegen den Tarif. Die Regelung der Angelegenheit soll in nächster Zeit erfolgen.

Lahr. Für Sonntag, den 17. d. M., wurde eine Branchenversammlung der Preßbergolder einberufen, um die in dieser Branche vorkommenden schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Kritik zu unterziehen, zugleich aber auch die noch fernstehenden Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Aber wenn wir geglaubt hatten, daß diese Kollegen unserem Rufe Folge leisten, dann sind wir gründlich getäuscht worden. Es hatte sich leider nur ein unorganisiertes Kollege eingefunden, der sich unserer Organisation anzuschließen als Notwendigkeit erkannte hat.

Die Mißstände wurden von verschiedenen Kollegen einer scharfen Kritik unterzogen. In einer hiesigen Kartonagenfabrik wurde eine Arbeiterin an eine Presse gestellt, und wenn man dort eingesehen hat, daß auch Arbeiterinnen für diese Arbeit genügen, dann ist es um die dauernde Beschäftigung der Kollegen bald geschehen und sie werden dann vielleicht Bernunft bekommen, wenn sie sich auf dem Straßenpflaster befinden. Auch die zurzeit herrschende Lebensmittelteuerung sollte es doch jedem Kollegen vor Augen führen, wie notwendig die Organisation ist.

**Duisburg-Ruhrort.** Herr Werkmeister Dietrich von der Firma Jache in Ruhrort hat schon einmal in den Spalten der „Buchbinder-Zeitung“ lesen müssen, daß die bei genannter Firma beschäftigten Kollegen mit der Behandlung, die er ihnen zuteil werden läßt, keineswegs einverstanden sind. Geheißert hat sich diese Behandlungsweise bisher noch nicht, denn noch fortgesetzt haben die Kollegen über den Herrn zu klagen. Die dort beschäftigten Kollegen wechseln, aber die Klagen bleiben unverändert. Nur ein Kröschchen: Erhielt das vorige Woche ein Kollege den Auftrag, ein neugekauftes Bild nach der Wohnung eines Buchhalters der Firma zu bringen und dort aufzuhängen. Der Kollege macht sich mit einem Lehrling auf den Weg, und der Auftrag wird ausgeführt. Die Frau des Buchhalters gibt 150 Mk. Trinkgeld, daß der Kollege mit dem Lehrling ehrlich teilt. Nun war aber die Arbeit nach Schluß der täglichen Arbeitszeit ausgeführt und notierte daher unser Kollege in seinem Wochenzettel 1½ Stunden Ueberzeitarbeit und heischte deren Bezahlung. Dietrich hatte aber inzwischen vernommen, daß der Kollege ein gutes Trinkgeld erhalten habe und glaubte, daß das Bezahlung genug sei. Als der Kollege auf Auszahlung des Ueberstundenlohnes bestand, ging Dietrich in das Kontor und erschien in Begleitung des Buchhalters wieder, der nun das von seiner Frau gegebene Trinkgeld zurückverlangte (!). Als der Kollege noch immer auf Bezahlung der geleisteten Ueberstunden bestand, ordnete Dietrich an, daß nur eine Stunde bezahlt werde. Der Kollege gab auch, um Werkmeister und Buchhalter zu beschämen, das erhaltene Trinkgeld zurück, erhielt aber trotzdem nur eine Ueberstunde ausbezahlt. Wie Herr Dietrich dazu kommt, erhaltene Trinkgelder vom Lohn abzuziehen, möchten wir gerne wissen. Eine rechtliche Grundlage fehlt einer solchen Handlung.

**Mörs i. Rhf.** Dauernde Stellung für Buchbindergehülfen gibt es in Mörs i. Rhf. im Verlag der „Dorfchronik“. Herr Gerhard Pannen, der Verleger dieses Blattes, verstärkt wenigstens jedem Stellungsuchenden, daß er bei ihm jahrelang sein Geld verdienen könne. Nur schade, daß die Wirklichkeit ein anderes Gesicht zeigt und sowohl für unsere Kollegen wie für die berufsverwandten Buchdrucker der Betrieb des Herrn Gerhard Pannen zu Mörs ein Taubenschlag in des Wortes verwegener Bedeutung ist. Das ergößlichste bei der Geschichte ist, daß Herr Pannen selbst den Nachweis liefert, daß unsere Kollegen mit dieser Behauptung nur zu sehr recht haben. Trotzdem im Pannenschen Betrieb zwei und ein halber Kollege beschäftigt werden und kaum für mehr Personen Arbeit vorhanden sein dürfte, herrscht ständig Mangel an Arbeitskräften. Nur der halbe Kollege, der dort gelernt hat, oder richtiger nicht gelernt hat -- was wir dem Mann keineswegs zum Vorwurf machen, sondern nur anführen, um den Pannenschen Betrieb zu charakterisieren -- hält treu zu seinem Meister. Sonst aber ist nichts so beständig als der Wechsel! Von den beiden übrigen ist der eine ben eingetretten und der andere rückt sich, um den Mörser Staub von den Pantoffeln zu schütteln und so fort in ewig wechselnder Reihenfolge. Ständig in den Nachrichten nach neuen Arbeitskräften zu inserieren, ist nun zu kostspielig und schließlich auch zu -- anrühlich. Auf jedes Stellungsstudium aber eine zuzugende Postkarte handschriftlich anzufertigen, nimmt zuviel der kostbaren Zeit in Anspruch. Herr Pannen weiß sich jedoch zu helfen. Er hat ja seine Druckerei nicht nur, um für die Mörser Speicher die „Dorfchronik“ zu drucken, er kann sie ja auch für seinen Privatbedarf gebrauchen und gab deshalb Auftrag, 300 Postkarten mit nachstehendem Aufdruck anzufertigen:

Mörs (Datum des Poststempels).  
P. P.

Auf Ihr Gesuch teile ich Ihnen mit, daß in meinem Geschäft dauernde Stelle für einen tüchtigen Buchbindergehülfen frei ist. Selbiger muß in allen vorkommenden Kundenarbeiten, namentlich auch in der Anfertigung von Geschäftsbüchern und Bucheinbänden mit einfacher Handberggoldung, Wiberleinrahmungen usw. durchaus geübt sein. Allenfalls wollen Sie sich bei Angabe Ihres Lohnanspruchs, Einreichung der Zeugnisabschriften und der Mitteilung, wenn Eintritt erfolgen kann, umgehend melden.  
Hochachtungsd

Gerhard Pannen.

Also auf nach Mörs zu Gerhard Pannen! Dort winkt allen Lebensstellung. Auch die Buchdrucker werden freundlichst eingeladen. Denn auch sie werden mit Karten ähnlichen Inhalts und dito Ausführling bedacht. Nur will uns scheinen, als habe man vor Druck der „Massenaufgabe“ vergessen, Korrektur zu lesen und so hat sich denn ein Fehler eingeschlichen. Offenbar sollte es nicht heißen, eine „dauernde“ Stelle habe Herr Pannen zu vergeben, sondern „dauernd“ sei bei ihm eine solche offen. Dann würde auch der mit nur wenig Mutterwitz begabte erkennen, daß man vom Pannenschen Taubenschlag sagen kann: es ist manches faul im Staate Dänemark! Und so ist's. --

**Stuttgart.** Seitens der Prinzipalität ist hier in vergangener Woche schon ein der angekündigten Berechnungsämter ins Leben gerufen worden, wie sie Kollege Kloth in der gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Verbandsvorstände anfündigte. Die Bestimmung der neuen Einrichtung geht dahin, in Streitfällen tarifmäßige Berechnung aufzustellen; auch wird das Berechnungsamt jungen Anfängern zwecks sachgemäßer Stakulation an die Hand gehen. Der Urheber des Berechnungsamtes soll nach Wittermeldung die „Bereinigung der hiesigen Buchbindereibesitzer“ sein. -- Für die Prinzipale ist die Einrichtung gewiß vorteilhaft. Es würde aber auch für die Gehilfen nicht unangenehm sein, wenn die Prinzipale, meinetwegen auch durch das Berechnungsamt, dafür sorgen wollten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen stets tarifmäßige Bezahlung erhielten. Gelegenheit zum Eingreifen wäre schon vorhanden.

**Seilbronn.** Am Samstag, den 16. November, fand eine öffentliche Versammlung für alle in Buchbindereien, Kartonagenfabriken und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt mit der Tagesordnung: „Wie können wir Buchbindereiarbeiter und -Arbeiterinnen unsere Lage verbessern?“ Referent Kollege Schiebel, Stuttgart. Die Versammlung beschloß nach Anhörung des Referats einstimmig, die Forderungen einzureichen. Dieselben sind folgende: I. Neumündige Arbeitszeit, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen 8½ Stunden. II. Bezahlung eines Miniallohnes. 1. Für männliche Arbeiter: a) nach dreijähriger Lehrzeit im 1. Gehilfenjahre 18 Mk. b) nach dreijähriger Lehrzeit im zweiten Gehilfenjahre oder nach vierjähriger Lehrzeit vom 1. Gehilfenjahre 20 Mk. c) Mit Beginn des 7. Jahres der Berufstätigkeit 24 Mk. 2. a) Für Linierer im 1. Jahre nach der Lehrzeit 20 Mk. b) Für Linierer im zweiten Jahre nach der Lehrzeit 23 Mk. c) Für Linierer im 3. Jahre nach der Lehrzeit 26 Mk. 3. Hülfсарbeiter erhalten nach vierjähriger Tätigkeit im Berufe 17 Mk. 4. Für Arbeiterinnen: a) Für ungeübte Arbeiterinnen im ersten Halbjahr 750 Mk. b) Für ungeübte Arbeiterinnen im zweiten Halbjahr 850 Mk. Nach einem Jahre sind dieselben geübte Arbeiterinnen und erhalten 12 Mk. c) Geübte Arbeiterinnen an Trabi- oder Fadenbestmaschinen, an Falz-, Anschmier-, Perforier- und Paginiermaschinen, Goldaufträgerinnen, Schreib- und Bronziermädchen sowie alle an Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen erhalten 13,50 Mk. 5. Arbeiter und Arbeiterinnen, die vorstehende Löhne schon haben, erhalten 15 Proz. Lohnzuschlag. Für Ueberzeitarbeit wird 33½ Proz. Zuschlag bezahlt, für Sonntagarbeit sowie Ueberzeitarbeit an Tagen vor Sonn- und Feiertagen ist 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Bezahlung der gesetzlichen und der vom Geschäft angeordneten Feiertage. Die in einigen Geschäften übliche Kautionsstellung wird aufgehoben.

Die gutbesuchte öffentliche Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und hält die aufgestellten Forderungen für das Mindeste zum Lebensunterhalt.

Zur Erledigung der Durchführung der Forderungen wurde die gewählte Lohnkommission bestimmt. In seinem Schlusswort forderte Kollege Schiebel zum Eintritt in unseren Verband auf.

**München.** Ueber „Verusankheiten und deren Verhütung“ sprach am Sonnabend, den 16. November, Herr Dr. Epstein in sehr instruktiver Weise.

An den Vortrag schloß sich eine anregend verlaufene Diskussion, in welcher verschiedene Mißstände in hygienischer Beziehung zutage gefördert wurden. Folgende Resolution wurde angenommen und wird an den bayerischen Landtag gesandt werden:

„Die heute Sonnabend, den 16. November, im „Dall Armi“ tagende stark besuchte Versammlung der Zahlstelle München des Deutschen Buchbinderverbandes begrüßt die im Etat des Landtages vorgesehene Anstellung eines Landesgewerbearztes. Sie hält jedoch in Rücksicht der mitunter geradezu schauerhaften hygienischen Zustände in den Betriebsräumen die Anstellung nur eines Beamten für ganz ungenügend. Sie richtet deshalb an den versammelten Landtag die dringende Bitte, bei Beratung dieses Postulates mindestens darauf zu drängen, daß dem Landesgewerbearzt zwei Assistenten beigegeben werden, damit wenigstens einigermaßen den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nach eingehender Kontrolle der Arbeitsräume entsprochen werden könne. Ferner wird der Landtag gebeten, für einen weiteren Ausbau der Fabrik- und Gewerbeinspektion einzutreten und zwar dahingehend, daß auch Arbeiter als Inspektionsbeamte angestellt werden. Beiden Vebörden soll das Recht gegeben werden, ohne vorherige Anmeldung alle ihrer Kontrolle unterstellten Betriebsräume betreten zu dürfen.“

**Rundschau.**

Herr Richard Schwarz, Vorsitzender des „christlichen“ graphischen Verbands, hätte alle Verantwortung, erst vor seiner eigenen Tür zu stehen, bevor er sich in Versammlungen mit früheren Streitigkeiten im Buchbinderverband befassen will. Weiß man doch, daß Herr Schwarz nicht bloß bei uns, sondern auch bei seinen eigenen Kollegen so seines höchst andrisslichen Geistes „rühmlich“ bekannt ist. Wurde ihm doch in dem von ihm redigierten Organ von dem Gründer und ersten Vorsitzenden des christlichen Verbändchens, Hillen, jüngst nachgesagt, „daß er, Hillen, die Wiederwahl in den Zentralvorstand unter keinen Umständen annehmen wolle, da er mit Herrn Schwarz niemals in Frieden arbeiten könne.“

Das geschah in Nr. 21 der „Graph. Stimmen“ vom 12. Oktober 1907, und in Nr. 15 des gleichen Organs wird Herrn Schwarz von seinen väterlichen Kollegen, die ihn also aus dem ff kennen, vorgeworfen, er trete den freien Verbänden gegenüber mit „tächerlichen Beweismitteln“ an, unterschleibe ihnen, vermittelt seiner „Rechenfehler“, viel höhere Agitationsausgaben, als sie in Wirklichkeit gemacht haben und mache dadurch seinen Verbändkollegen „Sinkertischen“ vor, „die mit der Sache absolut nichts zu tun haben“.

Wer von seinen eigenen Kollegen so treffend charakterisiert wird, wer selbst in seinem Organ zugeben muß, daß am Hauptfuß des christlichen Verbandes, in Köln, „der alte Gestank“ immer wieder ausgegraben wird und eindringlich darum ersucht: „Also lasse man endlich den (Kölner) Gestank“ -- f. „Graph. Stimmen“ Nr. 21 -- und wer endlich, „veranlaßt durch verschiedene Umstände“, die wahrscheinlich wegen des unangenehmen „Gestanks“ nicht genannt werden, seinen bisherigen Posten als Verbandsvorsitzender „aus freier Entschließung“ -- über laßt da nicht! -- niederlegen muß, der sollte doch erst den Balken aus seinem eigenen Auge herausziehen, ehe er den Spitter in seines Nächsten Auge sieht.

Wenn Herr Schwarz nicht lediglich Anhänger eines sich leider in unserer Zeit immer mehr breit machenden Mauldrüsentums ist, so wird er dem soeben angeführten Bibelwort nachkommen, in sich gehen und wahrhaftiger als bisher werden. Dabei dürfte nicht bloß der Charakter des Herrn Schwarz, sondern auch sein mit allerlei grammatikalischen Sünden behaftetes Deutsch gewinnen, das sogar in seinen amtlichen Bekanntmachungen unangenehm auffällt.

**Zur Dienstbotenbewegung.** Einen überaus rauhen Boden gilt es zu bearbeiten, wenn die Dienstbotenbewegung vorwärts kommen soll. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die sich bietenden Schwierigkeiten wohl bei keiner Berufsgruppe derart immense sind, als gerade hier, abgesehen höchstens von den Landarbeitern, die mit den gleichen Widermäßigkeiten zu kämpfen haben. Es kann daher nur mit Genugtuung begrüßt werden, wenn die dafür kompetenten Körperschaften mit vollster Energie für eine Organisierung dieser unter schwersten persönlichen Umständen lebenden Berufsgruppen eintreten. Aber gerade über diese Frage, wer als kompetent, die Organisierung der Dienstboten in die Wege zu leiten, anzusehen ist, hat sich eine im Interesse der Sache höchst beauerliche Meinungsverschiedenheit entwickelt, die keineswegs

den direkt davon Berührten, den Dienstboten selbst, zum besonderen Vorteil gereichen dürfte.

Bereits im Oktober 1906 erließ die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Aufforderung an die Gewerkschaftsstellen in den größeren Städten, sich der Organisation der Dienstboten zu widmen oder doch den Versuch hierzu zu machen. Im Mai d. J. wurde die Aufforderung wiederholt. Die bei Erfolg zu bildenden Ortsgruppen sollten zunächst einen rein lokalen Charakter haben und zwar solange, bis die berechtigte Aussicht vorläge, daß eine Zentralisation möglich und lebensfähig sei. Diese Vorsicht ist nur zu berechtigt, denn die Erfahrung hat es gelehrt, daß einmal gewonnenes und dann durch irgendwelche Umstände wieder verlorenes Gebiet ungleich schwerer wiederum errungen werden kann. Unendlich Mühe bedarf es, bis der durch den Verfall noch unzugänglicher gewordene Boden wieder empfänglich wird für die Vereinigungsbestrebungen.

Die von den Gewerkschaftsstellen entfaltete Agitation hatte zumeist das vorausgesehene Resultat, daß ein Erfolg trotz unendlicher Mühe und großer Kosten ausblieb. Nur in einigen der größten Städte gelang es, Dienstbotenvereine zu gründen und lebensfähig zu gestalten. „Aber alle diese Organisationsarbeit“, sagt die General-Kommission in einer längeren Erklärung, „scheint der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands entgangen zu sein, denn sonst hätte sie nicht eine Konferenz einberufen können, die über die Organisation der Dienstboten beschließen soll, ohne mit den Körperschaften, die den Hauptanteil an dem wenigen tragen, was bezüglich der Dienstbotenorganisation erreicht worden ist, sich zu verständigen.“

Doch es ist nicht der Umstand, daß die General-Kommission bezüglich der Einberufung der Konferenz nicht befragt worden ist, was sie veranlaßt, sich gegen die Konferenz zu wenden. Ein solcher heimlicher Kompetenzstreit liegt der General-Kommission völlig fern. Ihr ist es gleichgültig, von welcher Seite das, was zur Organisation indifferenter Schichten notwendig ist, unternommen wird, wenn das Unternehmen nur Erfolg hat. Die Veranlasserinnen der Konferenz scheinen sich aber der Tragweite ihres Unternehmens nicht bewußt zu sein. Sie scheinen zu übersehen, daß sie mit dieser Konferenz das Organisationsfeld völlig verdrängen. Die Verantwortung hierfür will die General-Kommission nicht übernehmen, sie vielmehr denen überlassen, die glauben, es müsse alles, was die Arbeiterorganisationen betrifft, auf Konferenzen, auf denen ein halbes Dutzend Referate gehalten und ebensoviele Resolutionen angenommen werden, verhandelt werden. Damit hat man bisher noch keine Organisationen geschaffen und am allerwenigsten bringt man damit so schwer zu organisierende Arbeiterschichten, wie es die Dienstboten sind, zur Vereinigung und zur Vertretung ihrer Interessen, wohl aber kann man unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Gegenteil erzielen und den bestehenden noch zu schwachen Organisationen Schwierigkeiten bereiten, indem man ihre Gegner zu größerer Aktivität treibt.“

Die in der Erklärung der General-Kommission erwähnte Konferenz hat nun stattgefunden. Sie tagte am 19. November im Berliner Gewerkschaftshaus. Ueber: „Organisation und Agitation“ referierte Frau Kähler. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die eine Zentralorganisation der Dienstboten ins Leben rufen soll, deren Sitz Hamburg ist. Diese Kommission sollen Vertreter aus Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt und Nürnberg, ev. München bilden. Sodann referierte Genossin Jech über: „Stellennachweis“ und Genossin Vahr über: „Der Dienstvertrag.“

**Zum Mitgliederchwund der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft.** Nach den neuesten Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“ hält der Rückgang in der Mitgliederzahl der genannten Organisationsgruppe auch im verflohenen 3. Quartal an. Einen Zugang seit Jahresanfang haben nur 5 Gewerkschaften zu verzeichnen und zwar um 2521 Personen, denen jedoch 10 Gewerkschaften mit einem Abgang von 12 074 Personen gegenübersehen. In den ersten 3 Quartalen des laufenden Jahres beziffert sich daher die Gesamtabnahme der Gewerkschaften auf 8553 Köpfe. Unter den Gewerkschaften, welche einen Mitgliederverlust aufweisen, befindet sich der Gewerkschaftsbereich der graphischen Berufe, der bei einem Mitgliederbestand von 1899 Personen am Jahresanfang 1673 Personen am Ende des 3. Quartals aufweist. Der Rückgang beträgt also 226 Personen, gleich 11,9 Proz.

**Bei Preuße u. Co.,** Fabrik für Buchbindereimaschinen in Leipzig-A., sehen die am 23. September wegen 30 Pf. Anfangsstunden,ohn in den Stampf gezogenen 193 Arbeiter noch immer im

Streik. Die Direktion nimmt, unterstützt durch die als schwerreiche Finanziers bekannten Gesellschafter, einen hartnäckigen Standpunkt ein. Alles wird in Bewegung gesetzt, um Monture in die Buchbindereien zu bekommen, meist jedoch ohne jeden Erfolg. Sollten jedoch jetzt irgendwo solche aufstauden, dann werden wohl unsere Mitglieder wissen, in welcher Weise sie mit solchen Verrätern umzugehen haben.

Ein Dokument der Schande ist es, als deren Urheber — Arbeiter anzusehen sind und welches an die Unternehmer in Augsburg verandt wurde. Die bevorstehende Gewerbederichtswahl bot Veranlassung, daß die bekannten Augsburger gelben Brüder die Unternehmer durch Rundschreiben er suchten, gelbe Stimmzettel zu verteilen. Als Begründung wird angeführt, daß die Gelben in erster Linie das Bestreben haben, mit dem Arbeitgeber in Ruhe und Frieden zu leben und unberechtigte Forderungen der Arbeiter hintanzuhalten. Sie rechneten darum auf Unterstützung sämtlicher Unternehmer.

Und das sind Arbeiter, die so etwas schreiben!!

**Arbeitsverträge und Submissionen.** Die „Soziale Praxis“ berichtet: Mehr und mehr wenden neuerdings in Deutschland sozialpolitisch interessierte öffentliche Körperschaften und Parteien ihr Augenmerk der Förderung der Arbeitstarifverträge bei der Vergabe von staatlichen und städtischen Arbeiten zu. Für das Buchdruckgewerbe ist das seit Jahren schon vielfach geschehen: nur tarifstrenge Preisgebote erhalten Druckaufträge. In Württemberg hat die Regierung schon vor einigen Jahren generell die vorzugsweise Berücksichtigung solcher Unternehmer empfohlen, die mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben. Den Stadtverordneten von Berlin liegt ein dahingehender Antrag zur Beschlussfassung vor. In Straßburg hat die Stadtverwaltung bereits beschlossen, bei städtischen Arbeiten tarifstrenge Unternehmer zu bevorzugen. In der bayerischen Abgeordnetenversammlung haben zahlreiche Abgeordnete der Zentrumspartei den Antrag eingebracht, bei Vergabe von Arbeiten auf Rechnung des Staates solche Unternehmer in erster Linie zu berücksichtigen, die nachweisen, „daß sie Lohn- und Arbeitsbedingungen mit ihren Arbeitern durch gegenseitigen Vertrag geregelt haben“. In der Tat können Reich, Staat und Gemeinde auf diesem Wege höchst wirksam die Errichtung und Ausbreitung der Arbeitstarifverträge unterstützen und damit dem sozialen Frieden die größten Dienste leisten.

**Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften.** Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei hat ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften herausgegeben. In einer Vorbemerkung zu diesem sagt er:

„Seit Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung in wachsendem Maße ein Verzeichnis der Jugendliteratur, die für proletarische Kinder besonders geeignet ist, gewünscht worden. Die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen haben an sich selbst den bildenden Wert guter Lektüre erprobt. Auf der anderen Seite aber machen sie die Erfahrung, daß die landläufigen Jugendchriften, die sie ihren Kindern in den Buchhandlungen oder in Warenhäusern kaufen, oder die ihre Kinder aus den Schulbibliotheken mit nach Hause bringen, zum großen Teil literarisch wertlos oder in Patriotismus und Frömmelsei getauchte Tendenzliteratur sind.“

Aber der Wunsch nach Zusammenstellung einer besonderen Jugendliteratur für die Kinder des Proletariats ist leichter erhoben als erfüllt. Wenn es sich dabei nicht auch um Schriften handeln soll, bei denen die Tendenz — in diesem Falle freilich eine freizeitliche, nach vorwärts gerichtete — breitspurig im Vordergrund steht und die ästhetische Schönheit und jeden literarischen Wert erdrückt, so muß man warten, bis Schriftsteller, Dichter und Künstler, die von der proletarischen Weltanschauung durchdrungen sind, künstlerisch wertvolle Gaben auf den Weihnachtstisch der Arbeiterjugend niederlegen. Erfreulicherweise ist schon ein vielversprechender Anfang gemacht worden. Es ist zu hoffen — besonders wenn die proletarischen Eltern die in Parteiverlagen erschienenen Jugendchriften beim Kaufen bevorzugen —, daß die kommenden Jahre weitere wertvolle Jugendchriften für die Kinder des Proletariats bringen.

Neben diesen Büchern gibt es aber eine reiche und bunte Fülle von empfehlenswerten und teilweise sogar ganz vortrefflichen Jugendchriften, die in bürgerlichen Verlagen erschienen sind. Seit einer langen Reihe von Jahren ist die deutsche Lehrerschaft unter Führung der Hamburger Lehrer an der Arbeit, das große Feld der Jugendliteratur nach pädagogischen und ästhetischen Gesichtspunkten zu säubern von dem vielen Unkraut der ehemals

typischen Jugendschriftstellerei, die in der moralisierenden oder frömmelnden oder patriotischen Anwendung ihre Hauptaufgabe erblickte. Die Tätigkeit der Lehrerschaft ist ebenso mühevoll wie erfolgreich gewesen. Die alten patriotischen und frömmelnden Tendenzjugendchriften sind von allen denkenden Eltern in die Acht erklärt worden. Die Produktion neuer sowie die Neuherausgabe alter Jugendchriften, die nach Inhalt und Ausstattung zahlreiche einwandfreie und vortreffliche Jugendkünstler und Pädagogen das erste und das ausschlaggebende Wort sprechen, hat einen starken Anstoß erfahren, so daß das neueste Verzeichnis der vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse der Lehrerschaft zu Weihnachten 1907 schon 665 Nummern umfaßt.

Aber dieses Verzeichnis kann nicht unbesehen von der Arbeitererschaft übernommen werden. In vielen Punkten gehen die Meinungen der Lehrer und die Ansichten der aufgeklärten Arbeiterschaft auch in der Beurteilung von Jugendchriften weit auseinander. In dem Verzeichnis der Lehrerschaft sind deshalb viele Bücher enthalten, die wir ablehnen müssen, und umgekehrt werden wir Bücher gutheißen, denen die Lehrerschaft bei ihrer Unkenntnis mit dem Wesen der proletarischen Weltanschauung ihre Zustimmung versagt.

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei unterbreitet nun der deutschen Arbeiterschaft ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften, das als Ergebnis gründlicher und ernster Prüfung nach monatelanger Arbeit zustande gekommen ist. Jedes einzelne Buch ist von drei verschiedenen Personen gelesen und geprüft worden; der Bildungsausschuß hat auf Grund der drei Urteile, die in Zweifelsfällen noch nachgeprüft wurden, über die Aufnahme oder Ablehnung eines Buches entschieden. Auf diese Weise ist ein vorläufiges Verzeichnis von 83 Nummern zustande gekommen.

Die meisten der darin enthaltenen Bücher befinden sich auch in dem Verzeichnis der Lehrerschaft. Aber unter den vom Bildungsausschuß abgelehnten Büchern befindet sich ebenfalls manches Buch, das in der Liste der Lehrerschaft verzeichnet ist, gelegentlich sogar an hervorragender Stelle. Andererseits weisen wir darauf hin, daß wir vorläufig nur einen Teil der von der Lehrerschaft aufgenommenen Bücher (etwa 120) einer Nachprüfung unterziehen konnten, so daß sich in dem Lehrerverzeichnis noch zahlreiche einwandfreie und vortreffliche Jugendchriften befinden, durch die wir wahrscheinlich im Laufe der Zeit auch unser Verzeichnis ergänzen werden. Aber eine Verantwortung übernimmt der Bildungsausschuß nur für die in seinem Verzeichnis enthaltenen Schriften. In diesem hat er sich nicht nur darauf beschränkt, die Titel der Bücher zu verzeichnen, sondern er hat auch eine kurze Kennzeichnung des Buches beigefügt, um den Eltern dadurch die Auswahl zu erleichtern. Ein Titel besagt oft wenig über den eigentlichen Inhalt des Buches, während sich aus den kennzeichnenden Worten leichter ersuchen läßt, ob sich ein Buch für das eigene Kind mit seinen besonderen Neigungen und Eigenschaften eignet.

In der Anordnung der Bücher unterscheidet sich das Verzeichnis gleichfalls in einigen Punkten von dem Verzeichnis der Lehrer. Hier sind nur vier Altersstufen unterschieden, nicht fünf, wie dort, und innerhalb der Altersstufen ist nicht eine Gruppierung der Bücher nach dem Inhalt, sondern nur nach dem Alphabet vorgenommen. Die vielen Gruppen und Untergruppen im Lehrerverzeichnis erschweren die Uebersichtlichkeit. Außerdem ist in unserem Verzeichnis durch die kurze Inhaltsangabe leicht zu ersehen, ob das Buch erzählenden, naturwissenschaftlichen oder geschichtlichen Charakters ist.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das Verzeichnis sich als ein Führer durch die verwirrende Masse der auf den Weihnachtsmarkt geworfenen Jugendliteratur erweisen wird. Insbesondere hoffen wir, daß kein denkender Arbeiter, dem seine Kinder lieb sind und der die hohe Bedeutung der Jugendliteratur auf den kindlichen Geist und das kindliche Gemüt zu beurteilen weiß, fernerhin auch nur noch einen Pfennig für die verfallenen oder verödeten Marktwerte ausgibt, die sich zu Weihnachtsmärkten als „Geschenk-literatur“ auf dem Büchermarkt freigen. Das Verzeichnis enthält Bücher für alle Altersstufen und zu den verschiedensten Preisen, so daß jeder Arbeiter darunter leicht das für seine Verhältnisse am besten geeignete Buch finden wird. Es wird durch den Bildungsausschuß, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, auf Wunsch zugesandt.

**Zum Siegeszuge der christlichen Gewerkschaften.** Im Saarrevier hat sich eine neue christliche Arbeiterorganisation gebildet. Nicht genug damit, daß in jener Gegend bereits zwei auf christlich-nationalen Boden stehende Gewerkschaften um die Gunst der Arbeiterschaft buhlten, es mußte noch eine dritte gegründet werden. Die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter im Saarrevier

haben beschlossen, in ihrer Gesamtheit aus dem Gewerksverein auszutreten und einen neuen christlich-nationalen Vergarbeiterverband zu bilden, weil sie sich nicht länger mehr als Stiefkinder von der Organisationsleitung behandeln lassen wollten.

Die Grubengewaltigen werden besonders erfreut sein ob dieses Bruderkrieges.

Abrechnung

von der Lohnbewegung in Kaufbeuren.

Table with financial data for Kaufbeuren. Includes 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) sections with various categories like 'Aus der Verbandskasse erhalten' and 'Für Streifenunterstützung'.

Abrechnung

von der Lohnbewegung in Kassel.

Table with financial data for Kassel. Includes 'Einnahmen' (Income) section with categories like 'Aus der Zentralkasse erhalten' and 'Aus der Lokalkasse erhalten'.

Table titled 'Ausgaben:' (Expenditures) listing various costs such as 'An 14 verheiratete Arbeiter', 'An 26 ledige Arbeiter', and 'Für Fortschaffung Zugeweiser'.

Text block regarding 'Für die Streifenleitung' (For the strip management) listing names like Paul Kleiner and Franz Apitz.

Briefkasten.

Text block containing letters and notices, starting with 'R. B. in L. Ist doch schon in Nr. 43 enthalten' and 'N. D. in B. Dankend erhalten'.

Text block regarding subscription and address changes: 'früher hier eingehenden Vordrucken in der Zeitungszahl oder der Adresse des Empfängers können erst von der kommenden Nummer an berücksichtigt werden.'

Adressenänderungen.

Verteilte Bevollmächtigte.

List of names and addresses for distribution: Gelsenkirchen: M. Thiele, Kochstr. 69 I. Jena: J. Lien, Hofstr. 5. Weimar: L. Baum, Mohrstr. 12 I.

Literarisches.

Text block about a book: 'Im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika...'.

Text block about a book: 'Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „Neu Yorker Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten...'.

Text block about a book: 'Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihre Klassenlage erkannt haben, lesen in ihrer freien Zeit nur die von der Parteibuchhandlung Vorwärts herausgegebene illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“...'.

ANZEIGEN



Papier- u. Lederwaren Buchbindereibedarf

Regina Rose & Oskar Carsch Verlobte, Viefelfeld und Essen-Ruhr, November 1907

Unserem lieben Kollegen und Gründer unserer Zahlstelle 533] [2,20

Oskar Carsch und seiner lieben Braut Regina Rose zu ihrer Verlobung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Essen-Ruhr.

Eine Papierschneidemaschine

von 60 cm Schnittfläche, gebaut von M. G. Fomm, Leipzig, ist billig zu verkaufen. 541] [2,40

Oskar Zschweigert, Plauen i. V., Schloßstraße 31.

Advertisement for 'Buchbinder-Männer-Chor Berlin' featuring a concert on Sunday, December 8, 1907, with 'GEMÜTLICHER ABEND' and 'Tanz, Gesang, Solo- und humoristische Vorträge'.

Unserem lieben Kollegen Karl Faber und seiner Braut Fr. Christine Eulers zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Kiel. 535] [1,20

Unserer lieben Kollegin, [1,20 Fräulein Karoline Gauth und ihrem Bräutigam zur Vermählung herzlichste Glückwünsche. Zahlstelle Karlsruhe. 536]

Advertisement for 'Weltbekannte' (World-famous) marmalade, featuring an illustration of a woman and text: 'Paul Szigriszt, Marm.-Lehrer Größtes Spezialgeschäft ein gros und detail Leipzig, Thalstr. 1 - Telefon: 10 783.'

Buchbindereierwerkzeug, sehr gut erhalten, mit Schneidemaschine (Stause) billig zu verkaufen. Offerten an Fr. Leuchtenberg, Köln, Vor St. Mariin 1 I.

Advertisement for 'Glas-Christbaum-schmuck' (Glass Christmas tree decorations) with an illustration of an angel and text: 'gut verpackt. Versende Prachtsortimente in nur feinst. Ausführung. Sort. I über 300 Stück ff. Panorama- und Eiskugeln, Schneeballen, Trompeten, Vögel, läut. Glocken, Tannenzapfen, naturgetreue Früchte, Lampions mit Beleuchtungskörpern usw. z. billigen Preise von 5 Mk.'.

Unserem Kollegen Fritz Jakobowski und Fräulein Braut zu ihrer Verlobung die herzlichsten Glückwünsche. 540] [2,- Carl Fricke und Fräulein Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Bremen.

Inferate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.



Suchen Sie Stellung? Dann wenden Sie sich an den kostenfreien Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstraße 47